

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich.

Verlagsnummer No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

Nr 143

Samstag, den 30. November 1918

69. Jahrgang

Zweites Blatt.

Sitze und Abkühlung.

Elz-Lothringen.

Die Franzosen rücken in den Reichslanden ein und wurden von der Menge auf der Straße als Befreier begrüßt. Das war zu erwarten. Es gibt eben, leider, unter uns noch viele Menschen, die die Veränderung lieben und die nur für den Tag leben. Das Denken fällt obendrein so Manchem, ach, so schwer. Die vernünftigen Elz-Lothringer aber, die weiter denken, werden mit Sorge auf die Entwicklung der Dinge schauen. Wilson hat davon gesprochen, das Frankreich 1871 angeht, „Unrecht“ müsse wieder gutgemacht werden. In Wirklichkeit aber tut er den Elz- und Lothringern ein schweres Unrecht an, denn mit der Blüte ihres Landes ist es unter französischer Herrschaft vorbei. Bei Deutschland verwaltete Elz-Lothringen sich selbst. Bei Frankreich ist es ein Departement mit einem von Paris ernannten und abwechselnden Präfecten an der Spitze. In Deutschland war Elz-Lothringen bisher ein Reichsland, konnte es jetzt ein Bundesstaat mit selbstgewählter Verfassung werden. Unter der französischen Herrschaft hat es aber bekanntlich gar kein Gebilde Elz-Lothringen gegeben, sondern nur die Departements Ober- und Niederrhein und Lothringen. Und in Departements würde das Land wieder aufgeteilt werden, wenn es jetzt an Frankreich fiel. Ist das freie Entschieden? Als Teil Deutschlands hat Elz-Lothringen eine Blüte erreicht, wie sie nur noch in den goldenen Zeiten des Mittelalters dazwischen war. Unter der französischen Herrschaft gab es nur eine kurze und dazu künstliche Blüte: unter Napoleon, als die Kontinentalperle die Industrie in die Höhe trieb und Straßburg einer der wichtigsten Einfuhrplätze von Frankreich wurde, weil die von den Engländern geübte Seepolizei den Handel auf dem Landweg drängte. Mit dem Zusammenbruch Napoleons hörte aber diese kurzlebige Blüte auf, und als Straßburg 1871 wieder an Deutschland fiel, war es eine zurückgebliebene Provinzstadt. Straßburg lebt davon, daß es der Mittelpunkt der reichen oberelbsässischen Ebene ist. Seine wirtschaftliche Rolle ist untrennbar mit der Rheinschiffahrt verknüpft. Unter der französischen Herrschaft ging die Schifffahrt zurück und dementsprechend Straßburg, während das bayerische Mannheim ein wichtiger Handelsplatz wurde. Durch die Regulierung des Oberrheins unter deutscher Herrschaft ist Straßburg wieder ein Hafen geworden; im letzten Friedensjahr betrug der Umschlag bereits zwei Millionen Tonnen. Selbst der französische Botschafter, ebenso großer Chauvinist wie berühmter Numismatiker, sagt: „Die großen Schiffe, die früher in Mannheim ihr Ende fanden, steigen jetzt bis nach Straßburg hinauf, so daß man ohne Ueberreibung sagen kann, die große elbsässische Hauptstadt ist selbst ein Meereshafen geworden.“ Straßburg entwickelt sich heute mehr denn je durch den Rhein und lebt von dem Rhein, es von ihm abzutrennen, wäre für den elbsässischen Handel ein Todesurteil. Nur im deutschen Zollgebiet kann Straßburg diese Stellung behaupten. Unter französischer Herrschaft wäre es wieder nur eine abseits gelegene Provinzstadt, durch die Kanalverbindung mit Marne und Rhone nur wenig unterstützt. Die Trennung von Deutschland wäre Abgründe auch der Untergang für die elbsässische Warenindustrie. Und die Eisenindustrie von Lothringen bedarf nicht nur der lothringischen Erze, sondern auch der rheinisch-westfälischen Kohle. Aber auch der Bauern harret schwere Enttäuschung. Allgemein ist bekannt, daß infolge der Entvölkerung und des Mangels an Arbeitskräften in dem überaus fruchtbaren Frankreich der Grund und Boden gegenüber elz-lothringischen Verhältnissen einen unglaublich niedrigen Preis hat. So werden Güter an der Grenze Lothringens in Frankreich in der Größe von 30 Hektar für einen Preis von 24 000 Franken einschließlich der Gebäude angeboten, ohne einen Käufer zu finden, während das gleiche Gut auf elz-lothringischem Boden mehr als das Dreifache, 60- bis 70 000 Mark, kostet. An der Grenze kann man die Feststellung machen, daß das französische Grundstück 300 Franken kostet und das dazwischen liegende deutsche Grundstück mit gleichem Boden den Preis von 1000 Mark erreicht. Was wäre nun die Folge für den elz-lothringischen Bauer, wenn Elz-Lothringen plötzlich an Frankreich fiel? Selbstverständlich würden sich die Preisunterschiede sofort ausgleichen, denn es würde keinem Menschen einfallen, in Elz-Lothringen ein Grundstück für 1000 Mark zu kaufen, wenn er einige Kilometer weiter daselbe Grundstück für 300 Franken erhalten könnte. Diese Verhältnisse galten bereits für die Zeit vor dem Kriege. Nun ist Frankreich durch den Krieg in der Entvölkerung weit vorgeschritten, es sind hunderte Tausende von Gütern und Grundstücken frei geworden dadurch, daß ihre Eigentümer gefallen sind, ohne daß ein Erbe an ihre Stelle getreten ist. Alle diese Grundstücke werden noch weiterhin auf dem französischen Grundstücksmarkt drücken und eine noch viel weitergehende Entwertung zur Folge haben. Wenn der elz-lothringische Bauer also nicht die Hälfte bis zwei Drittel seines Vermögens verlieren will, dann muß er sich mit allen Mitteln gegen die Angliederung an Frankreich wehren. Einem elz-lothringischen Bauer wird

es daher einfallen, wenn ihm das Recht der Selbstbestimmung eingeräumt wird, für den Anschluß an Frankreich zu stimmen. Viel schlechter liegen noch die Verhältnisse für die weinbaureiche Bevölkerung. Jeder Winzer weiß, daß die im Ueberflusse vorhandenen französischen billigen Weine im Falle des Anschlusses an Frankreich einen derartigen Druck auf den Weinmarkt ausüben würden, daß die elbsässischen Weinberge nicht mehr mit Erfolg bebaut werden könnten. Nicht minder ungünstig wäre der Anschluß Elz-Lothringens an Frankreich für den Haus- und Grundbesitz in den großen Städten. Sicherlich würde dieser Anschluß den Abzug des größten Teiles der deutschen Bevölkerung zur Folge haben. Geschäfte- und Erwerbsleben in den Städten würden tödlich getroffen und eine Unmenge von Wohnungen würden leer stehen, was die vollständige Entwertung des Hausbesitzes zur unausbleiblichen Folge hätte. Es ist sicher nicht zu weit gegangen und leicht durch den Vergleich mit den Provinzstädten Frankreichs festzustellen, daß die Häuser kaum die Hälfte des Wertes haben würden, den sie gegenwärtig haben. Metz und Straßburg würden öde leere tote Städte werden, denn Frankreich hat kaum genügend Volkskraft, um die verwüsteten Länderstrichen Nordfrankreichs aufzubauen, auf einen erheblichen Zugang aus Frankreich wird Elz-Lothringen daher nicht rechnen können. Diese Entwertung des gesamten Grundbesitzes trifft aber nicht nur den Haus- und Grundbesitz in der Stadt und auf dem Lande, sondern wird auch auf das sonstige Vermögen eines sehr nachteiligen Einflusses ausüben durch die große Entwertung und Gefährdung sämtlicher Hypothekendarlehen. Wenn der Grundbesitz auf die Hälfte oder ein Drittel seines Wertes heruntersinkt, werden viele Hypotheken Not leiden. Nicht günstiger würde der Anschluß an Frankreich für die Industrie und Arbeiterschaft Elz-Lothringens wirken. Der große Aufschwung des Landes in dieser Beziehung ist von der deutschen Industrie ausgegangen. Nach dem Kriege wird die französische Industrie kaum das nötige Geld und die nötigen Arbeiter finden, um die zerstörten Werke in Frankreich wieder aufzubauen. Die elz-lothringische Industrie würde daher kaum auf Förderung durch Frankreich rechnen können, während die deutschen Industrien und Geschäftskreise sich naturgemäß nach und nach aus dem Lande zurückziehen würden. Die Folge wäre zum mindesten ein Stillstand, wenn nicht ein Zurückgehen der Industrie in den nächsten zwanzig Jahren nach dem Kriege. Der Arbeiter in Elz-Lothringen würde brotlos werden und müßte sich anderweitig Beschäftigung suchen. Aus dem Gesagten ergibt sich, daß alle Kreise der elz-lothringischen Bevölkerung, wenn sie dazu aufgerufen werden, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen, geradezu Selbstmord üben würden, wenn sie sich für den Anschluß an Frankreich aussprechen. Elz-Lothringen würde verarmen ohne den Zusammenhang mit Deutschland. Und die Leute, die heute jubeln, werden einst den Tag verurteilen, wo sie den Franzosen als „Befreier“ begrüßten.

Die Vorgeschichte des Krieges.

(b.) Berlin, 26. Nov. Urkunden über den Ursprung des Krieges. München, 24. Nov. (Anstsch.) Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Innern hat vor kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsausbruch zu veröffentlichen. Diese Anregung war durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch Wahrung jenes Vertrauensverhältnisses zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das Voraussetzung für einen Völkerverständnis-Krieg ist. Bayerns Ministerpräsident wird seinerseits bemüht sein, aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Perchensfeld einige Einzelheiten mitgeteilt.

In einem Bericht vom 18. Juli 1894 betr. den Konflikt mit Serbien sagte Graf Perchensfeld u. a.: Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich angeschlossen, in Belgrad zu unternehmen und der in der Ueberzeugung einer Note besteht, wird am 25. d. M. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise der Herren Poincaré und Viviani von Petersburg abwarten mußte, um nicht den Zweibundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien durch gleichzeitige Beurkundung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabs den Anschein friedlicher Stimmung und auch auf die Presse und Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt, und man bedauert nur, daß Graf Tisza, der anfangs gegen ein stärkeres Vorgehen gewesen sein soll, durch eine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier schon etwas gelüftet hat. Wie mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note, soweit bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten: 1. Den Erlass einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgedrückt wird, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollkommen fern steht und sie mißbilligt. 2. Die Einleitung einer Untersuchung gegen die Missethäter an der Moritz von Sarajewo und Zerstörung eines österreichischen Belegs an dieser

Untersuchung. 3. Einschreitung gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt waren. Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden. Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg. Hier ist man durchaus damit einverstanden, daß Österreich die günstige Stunde nützt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin. Ob man aber in Wien sich wirklich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Österreich-Ungarn dank seiner Entschlossenheit und Versahrenheit jetzt eigentlich der starke Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf deren Aufsteilung Russen, Italiener, Rumänen, Serben und Montenegro warten. Ein starkes und erfolgreiches Einschreiten Serbiens würde dazu führen, daß die Oesterreicher und Ungarn sich wieder als staatliche Macht fühlen, würde das darniederliegende österreichische Leben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederreißen. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slavischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies bei weiterer Fortführung der slavischen Propaganda, wie General Freiherr von Hörsing selbst zugegeben habe, nicht mehr der Fall. „Man ist also hier der Ansicht, daß es für Österreich sich um eine Schicksalsstunde handele, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Zögern erklärt, daß man mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließen, einverstanden sei, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin. Die Blankovollmacht, die man für das Kabinett des Grafen Berchtold dem Grafen Doyos gab, der zur Uebergabe eines allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemoria's herbeigekommen war, geht soweit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln.“ In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donau-Monarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und einschlupfenden Stellen in Wien fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht nur Vorhut und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Man hätte es daher hier auch lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet und der serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen wurde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugthuung anzubieten.“

Es wird dann in diesem Bericht des Grafen Perchensfeld (nach neueren Verbindungen soll der Bericht von Fr. Hans von Schoen geschrieben sein. Die Schrift.) an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geäußert. Die Reichsleitung werde mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandsreise und der Chef des Großen Generalstabs, sowie der preussische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Österreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die anderen Mächte. — Weiterhin werden über das vermeintliche Verhalten der Mächte allerlei Betrachtungen angestellt. Es heißt da: „Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl England und Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Rußland in friedlichem Sinne einwirken werden; außerdem baut er darauf, daß das „Bluffen“ eines der beliebtesten Requisiten der russischen Politik bildet, daß der Russe zwar gern mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere zieht. Ueber England wird gesagt, daß der Krieg zwischen Zweibund und Dreibund England im jetzigen Zeitpunkt schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sei. Rame es freilich zum Krieg, so sei es die Auffassung in Berlin, die englischen Vektoren würden wir auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchtet, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinke und damit das europäische Gleichgewicht gestört werde.“

Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf eine vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschaftsrat Prinz Stolberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Österreich die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino erörtert habe (also schon damals). In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 ist über die Ueberzeugung ausgesprochen: „daß die zweifellos redlichen Bemühungen Bress, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.“ Am gleichen Tage wurde von der bayerischen Gesandtschaft nach München das folgende Telegramm an das Reich telephoniert: „Es laufen zur Zeit zwei Ultimata: Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden. Petersburgs Anfrage nach Grund der Mobilisierung, Paris Anfrage ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden. Mobilisierung spätestens Samstag, den 1. August um Mitternacht. Preussischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können. Im französischen Heer kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze und schlechteres Gewehr.“

2.) Berlin, 26. Nov. Der neuernannte Vertreter der deutsch-österreichischen Republik in Berlin, Hartmann, erklärte im Anschluß an die Enthüllungen der bayerischen Regierung einen sozialistischen Journalisten: Es steht zu erwarten, daß in den nächsten Wochen eine zusammenhängende Veröffentlichung als Ergänzung zu den bisherigen Dokumenten über den Krieg und über das Ultimatum erscheinen wird, soweit sich diese Ereignisse in den österreichischen Akten widerspiegeln. Sie wird eine wertvolle Ergänzung zu dem österreichischen Rotbuch werden, das nur die subjektive Meinung der Regierung ausdrückt.

Was Herr von Bethmann Hollweg sagt.

2.) Berlin, 27. Nov. Der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg äußerte sich einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegenüber zu der Veröffentlichung der bayerischen Regierung. Er hob u. a. hervor, daß die deutsche Regierung den Vorlaufs des österreichischen Ultimats an Serbien in der Tat nicht gekannt habe. Er persönlich habe dieses Ultimatum für zu scharf gehalten und der österreichisch-ungarischen Regierung in der denkbar schärfsten Form zu erkennen gegeben, daß Deutschland zwar bereit sei, seine Bundespflicht zu erfüllen, daß es die deutsche Regierung aber ablehnen müßte, sich von Österreich-Ungarn durch die Nichtbeachtung seiner Vorschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Zu diesen Ratschlägen gehörte u. a. die energische Aufforderung an das Wiener Kabinett, die zwischen ihm und Petersburg entstandenen Mißverständnisse zu beseitigen. Die deutschen Bemühungen seien aber durch die plötzliche Generalmobilisation Russlands zum Stillstand gekommen, da diese Generalmobilisation den Weltkrieg bedeuten mußte. Der deutschen Regierung die Schuld am Weltkrieg aufzubürden, hieße die Gegner für schuldlos erklären, die jahrzehntelang verarbeiteten Pläne hätten, die nur bei kriegerischer Verwickelung verwirklicht werden konnten. Herr von Bethmann Hollweg erinnerte ferner an die Enthüllungen des Schomlinow-Prozesses, an die seit 1871 getriebene Revanchepolitik Frankreichs und an die systematisch betriebene Ausschöpfung der Stellung Österreich-Ungarns auf dem Balkan, die sich der ausgesprochenen Unterstützung Englands erfreute. Diese Situation mußte für Deutschland lebensgefährlich werden, zumal die internationalen Grundsätze, die heute eine Rolle spielen, erst im Laufe des Krieges durch Wilson aufgestellt worden seien. Zu der Frage, wie es möglich gewesen sei, daß die Schuld Deutschlands am Kriege zur Ueberzeugung fast der ganzen Welt werden konnte, sagte der Kanzler: Ich sehe den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden müßte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen.

Auch Herr von Bethmann Hollweg hält die Veröffentlichungen der bayerischen Regierung für wenig geeignet. Bezüglich Elsaß-Lothringens bemerkte der Kanzler, daß sich die Politik Frankreichs seit 1871 unverändert auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens gerichtet habe, und daß die deutsche Regierung es nicht verstanden habe, durch eine entsprechende Behandlung der Bevölkerung Elsaß-Lothringens mit dem Deutschen Reich zu verschmelzen. Vor allem müsse Deutschland zugehen, daß es durch die Rängel seines nationalen Charakters und durch die Ständes seines allgemeinen Gedankens zu der politischen Hochspannung beigetragen habe. Worte, die als Proklamation gebietet werden konnten, sind wiederholt von deutscher Seite gefallen. Die alldeutschen Treiber haben uns im In- und Auslande den größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvolle Gegensätze geführt hat. Dazu kamen die mannigfachen Mängel unserer inneren Politik. Herr von Bethmann Hollweg erwartet von der Weltgeschichte, daß sie den Richterpruch fällen werde.

Protest des Auswärtigen Amtes.

2.) Berlin, 27. Nov. Das Auswärtige Amt gibt folgendes bekannt: Vom Auswärtigen Amt ist gegen die Münchener Veröffentlichung über die Vorgeschichte des Krieges protestiert worden. Sie muß gerade jetzt, wo von unseren Gegnern uns auf dem Wege zum Frieden die größten Schwierigkeiten bereitet werden, als ein schwerer Schlag für unsere politische Arbeit wirken. Unseren Feinden und Verhandlungsgegnern gibt sie eine Waffe in die Hand, die sie zu benutzen wissen werden. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang damit, daß der jetzige Vertreter Bayerns in Bern, Prof.

Wilhelm Förster seiner Regierung auf Veranlassung eines Mitteilungsblattes Clemenceaus geraten hat, Mitteilungen über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen, weil ein Bekenntnis Deutschlands zur Schuld am Kriege dazu dienen würde, den Frieden schneller herbeizuführen. Nach unserer Auffassung unterliegt es keinem Zweifel, daß es Herrn Clemenceau nur darauf ankommt, uns ins Unrecht zu setzen. Dem schweren Irrtum, daß Clemenceau ein Mann wäre, der sich zur Milderung ließe, wenn wir die Schuld des Krieges auf uns genommen hätten, können nur Leute verfallen, die sich von dem Charakter des französischen Ministerpräsidenten ein falsches Bild machen. Auf Veranlassung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes sind die Akten des Auswärtigen Amtes dem Unterstaatssekretär Dr. David übergeben worden, damit dieser unbefleht die Vorgeschichte des Krieges und die darüber vorliegenden diplomatischen Akten prüfen kann.

Frühere bayerische Minister verneinen.

(b.) München, 27. Nov. In der letzten Sitzung des bayerischen Ministerrates erschienen die früheren Staatsminister v. Thelemann, v. Brenning und v. Quilling und gaben die Erklärung ab, daß sie von dem durch die Presse bekannt gegebenen Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin und den darin behandelten Tatsachen bisher weder amtlich noch privat die geringste Kenntnis hatten. Dieser Erklärung hat sich auch der frühere Verkehrsminister v. Seidlein angeschlossen.

Scheidemanns Wahlvorschlag.

(*) Berlin, 27. Nov. Der Wahlvorschlag zur Nationalversammlung, den Herr Scheidemann vorgestern in der Besprechung im Reichskanzlerpalais unterbreitet hat, lautet wie folgt: Die Wahlen zur Nationalversammlung werden gleich, geheim und gerät sein. Alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen können nach dem Verhältniswahlverfahren wählen. Die politischen Parteien oder auch andere Gruppen, welche sich für diese besondere Wahl etwa vereinigen wollen, können Listen für Kandidaten für alle Wahlkreise des Reichs aufstellen.

Es könnte, meint Herr Scheidemann, für die Herausgabe der amtlich herausgegebenen Stimmzettel genügen, wenn die Parteileistungen ihre Kandidatenlisten einreichen. Die Regierung müsse dann einen einheitlichen Stimmzettel für das ganze Reich drucken und verteilen lassen, der etwa so aussehen würde:

Die Stimme für die Liste, die ich unterstützen habe.

1. v. Westarp, v. Heydebrand u.
2. Saale, Lebedour u.
3. Ebert, Rottenburg u.
4. Fischel, Gothein u.
5. Erzberger, Fehrenbach u.
6. Stresemann, Kopsch u.

Die Berechnung der auf jede Partei entfallenden Mandate wäre verhältnismäßig leicht. Wenn z. B. auf Grund der für die Konservativen abgegebenen Stimmen 20 Mandate der Partei zufallen würden, so hätten die auf der konservativen Liste zuerst aufgeführten 20 Kandidaten als gewählt zu gelten. Bei Todesfall oder bei Mandatsniederlegung würde zunächst der 21., dann der 22. Kandidat als Ersatzmann das freigebliebene Mandat übernehmen. Nachwahlen würden sich also ohne weiteres erübrigen. Alle Soldaten könnten sich, gleichviel, wo sie am Tage der Wahl sich aufhalten, durch ihren Militärpaß legitimieren. Aber die Wähler müßten nach vorgenommener Wahl abgestempelt werden, damit jeder Wahlberechtigte nur einmal wählen kann. Alle zivilen Wahlberechtigten in der Heimat könnten auf Grund eines Ausweises wählen, der jedem Wahlberechtigten auf Verlangen ausgestellt werden müsse.

Zur inneren Lage.

Aufruf.

2.) Wilhelmshöhe, 27. Nov. Der Vorschlagsausschuß des Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung hat in einem neuerlichen Aufrufe an die Soldatenräte des Feldheeres folgendes fest: Das Feldheer verlangt nach Frieden, Arbeit, Brot und Demokratie; Aufrechterhaltung des inneren Friedens; Vermeidung des Bürgerkriegs; Einberufung der Nationalversammlung, woran jeder Feldgatte teilnehmen kann; Sozialisierung aller hierzu reifen Großbetriebe; Unterdrückung der Arbeitslosen und weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Der Reaktion werden die Feldtruppen nie die Hand bieten. Es müsse aber auch verlangt werden, daß Mann für Mann für Vernunft und Ordnung eintrete.

2.) Basel, 30. Nov. Die Blätter veröffentlichen eine Erklärung einer Frau Rachel Rabino-witz im „Münchener Bayer. Kurier“, worin sie dem bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner vorwirft, sich, obwohl er galizischer Abstammung sei und deshalb als Fremdling mit dem deutschen Volke nicht fühlen könne, die Herrschaft anmaße und dem deutschen Volke mit seinen Veröffentlichungen zur Schuldfrage schweren Schaden zufüge, der sich erst auf der Friedenskonferenz zeigen werde. Als Phantasie erweise sich Eisners Ziel, das Uebergreifen der Revolution auf England und Frankreich zu fördern und damit den Verband milder zu stimmen. Die Blätter treten dieser Auffassung bei und fragen sich, warum das deutsche Volk sich nicht von der Herrschaft derartiger Schädlinge befreie. Selbst im neutralen Ausland hätten die Veröffentlichungen Eisners einen üblen Eindruck gemacht, und allgemein ist man der Ansicht, daß das deutsche Volk sich später an diesem Fremdling, der es ins Verderben führt, rächen werde.

Der Ex-Kaiser.

(b.) Genf, 28. Nov. Der „Temps“ meldet: Die Kommission zur Prüfung der Schuldfrage am Kriege in Versailles hat beschlossen, der großen Entente-Konferenz den Antrag zu unterbreiten, ein Auslieferungsbegleichen gegen den früheren deutschen Kaiser an die holländische Regierung zu richten.

(b.) Berlin, 27. Nov. Die Ex-Kaiserin will, wie es heißt, mit Erlaubnis der holländischen Regierung, in nächster Zeit ihren Gemahl aufsuchen.

Elsaß-Lothringen.

2.) Basel, 27. Nov. Die „Nouvelle Correspondenz“ meldet aus Paris: Seit gestern morgen treffen aus allen Teilen Elsaß-Lothringens kleine Gruppen von Elsasern in ihrer Landesstadt in Straßburg ein. In der Spitze vieler dieser Gruppen erblickte man die französischen Fahnen. Zuerst kette das größte Kontingent, das gekommen war, um Marshall Foch, Marshall Pelain und die französischen Delegierten zu begrüßen. Auch Paris feierte die Befreiung Straßburgs. Im Augenblick, als die französischen Truppen ihren Einzug hielten, fielen von der Statue der Stadt Straßburg die Trauerschleier und Hoffnungskränze, kurz alles was an die Zeit der Unterdrückung der elsischen Städte unter der deutschen Herrschaft erinnerte. Nun steht die Statue frei auf der Place de la Concorde.

Spaa, 24. Nov. Heute ist General Rudant folgende Note überreicht worden:

Paris, 25. Nov. An alle! Aufruf an das Elsaß! Was für Wunder habt Ihr Straßburger und Elsässer vollbracht, indem Ihr trotz aller Bedrückungen, trotz des verhassten Joches Eure treue, heilige Liebe zum Vaterland bewahrt habt! Die Geschichte kennt zweifellos kein zweites Beispiel einer so bewundernswürdigen Treue. Ihr Soldaten habt heldenmütig in den längsten Schlachten, die es jemals gab, gekämpft. Ihr seid ruhmbedeckt daraus hervorgegangen. Die furchtbare Schranke ist gefallen, der Adler der Grenzpfähle niedergeworfen. Wie einst kommt Frankreich zu Euch, Straßburger, wie eine Mutter zu ihrem lieben Kinde, das es verloren und wiedergefunden hat. Es wird nicht nur Eure Gewohnheiten, Eure lokalen Ueberlieferungen, Eure religiösen Glauben, Eure wirtschaftlichen Notwendigkeiten achten, sondern auch Eure Wunden verbinden und in diesen schweren Tagen Eure Ernährung sicherstellen. In dieser feierlichen, herrlichen Stunde, die der Triumph des Rechtes, der Gerechtigkeit und Freiheit über die brutale Gewalt bringt, wollen wir uns, Ihr befreiten Elsässer und befreiten Soldaten in der gleichen Liebe vereinigen. Es lebe Frankreich! Es lebe die Armee! Es lebe die Republik!

Allerlei Nachrichten.

Die verhängnisvolle Frühjahrsoffensive.

2.) Wien, 27. Nov. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus dem Haag: Aus diplomatischen Kreisen wird folgendes mitgeteilt: Noch vor Beginn der deutschen Offensive im Frühjahr 1918 hatten vertrauliche Verhandlungen zwischen englischen und französischen Stellen und österreichisch-ungarischen offiziellen Vertretern das Resultat gezeitigt, daß man auf der Seite der Alliierten bereit war, über einen Frieden in Erörterungen einzutreten, und zwar unter Bedingungen, die für die damaligen Verhältnisse immerhin sehr günstig waren. Darauf erschien die Note des Grafen Burian, die ja die Kriegsführenden zur Konferenz über die Friedensfrage einladen wollte. Ein Hindernis für diese Bestrebungen aber bildete Ludendorff, der dem österreichisch-ungarischen Diplomaten antwortete: Laßt uns siegen! 24 Stunden später begann die deutsche Offensive.

Verantwortlich: Adam Etienne, Dörflich.

Elbsächsische Bankgesellschaft

Filiale Mainz.

Aktienkapital Mk. 20 000 000.

— Fernruf Nr. 52 und 91 —

Verzinsung von Spargeldern zu günstigen Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Verschwiegenste u. zuverlässigste Erledigung aller Angelegenheiten.

Spezialität
Stützen

Gratis

Neuheit
Schneebilder

erhält jeder bei einer Aufnahme von 6.— Mk. an das beliebige

Geschenkbild

vom 10. November bis 1. Dezember.

Gut durchleuchtete Räume.

Geöffnet: Wochentags von 9—1 und 3—7 Uhr.

Sonntags 10—2 Uhr.

Photographie E. Schmidt

Wiesbaden, Michelsberg 1.

Gaststätte der elektr. Linie 2 (rot) und 3 (blau).

Institut für vornehme
Ehevermittlung.
Frau Ella Tischler, Wiesbaden
Grabenstrasse 21. — Telephon 3973.

Pelzwaren

G. Gompertz

Ludwigstr. 1. MAINZ. Telephon 1595.

Umarbeitungen werden durch erste fachmännische Kraft ausgeführt.

Photographisches Atelier Bogler.

Gelsenheim im Rheingau.

Spezialitäten: Vergrößerungen und Verkleinerungen
auch von Zivill in Feldgrau
und alle sonstigen Photographischen Arbeiten.

Trauerbriefe — Trauerkarten

liefert schnellstens

„Rheingauer Bürgerfreund“.